

Pozener Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

Annoncen.
Annahme-Bureaus
In Posen außer in der
Apotheke dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17.)
bei C. L. Kretz & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Strelitz,
in Meseritz bei Ph. Matthes,
in Wreschen bei J. Jadesohn.

Nr. 337.

Das Abonnement auf dieses täglich zwei Mal erscheinende Blatt beträgt vierthalbjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 17. Mai.

Annoncen-Bureau
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien;
bei G. L. Baube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Adolph Moos.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

1883.

Amtliches.

Berlin, 17. Mai. Der König hat dem Legationsrat a. D. Amtsvorsteher und Rittergutsbesitzer von Neumann auf Gersdorff, im Mansfelder Kreis, den Roten Adler Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; den Kapitän-Lieutenants von Ehrenkroft und Herz, dem Hauptmann a. D. und Rittergutsbesitzer Freiherrn von Hammerstein auf Parchau im Kreise Kartäusen, dem Rektor des Real-Progymnasiums zu Lüdenhain, Mayer, und dem Oberlehrer Raabe am Gymnasium zu Kulm, den Roten Adler Orden vierter Klasse; dem Obersten a. D. Lenz zu Reiffe, zuletzt Kommandeur des Oberschlesischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 21, und dem Obersten a. D. v. Pilgrim zu Rosel, bisher Brigadier der 11. Gendarmerie-Brigade, den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse verliehen.

Der König hat den Regierungsrath Bode zu Liegnitz zum Ober-Regierungsrath, und den seitherigen Kreis-Physikus Dr. Böhlde in Stade zum Medizinal-Referenten ernannt, und dem praktischen Arzt, Sanitäts-Rath Dr. Julius Jacobi zu Berlin den Charakter als Geheimer Sanitäts-Rath verliehen.

Der Medizinal-Referent Dr. Böhlde ist der königl. Landdrostei zu Stade überwiesen worden.

Dem Ober-Regierungs-Rath Bode ist die Stelle des Dirigenten der Finanz-Abteilung bei der Regierung in Marienwerder übertragen worden.

Politische Uebersicht.

Posen, den 17. Mai.

Die Erwartung oder die Befürchtung, daß die süddeutschen Blätter, welche auf dem Standpunkt des Abg. Payer stehen, nicht versäumen würden, die staatlich-rechtlichen Errichtungen zu frustifizieren, welche der Redner der Volkspartei bei der Staatsdebatte im Reichstage an die Kaiserliche Botschaft vom 14. April geknüpft hat, hat sich als gerechtfertigt erwiesen. „Frankf. Blg.“, „Beobachter“, „Württembergische Landeszeitung“ variieren die Ausführungen des Abg. Payer, daß der Kaiser auf seiner Reichsverfassung nicht das Recht habe, direkt zum Reichstage zu sprechen. Der Finanzminister Scholz oder wie er jetzt heißt, von Scholz, hat in seiner Entgegning zugegeben, daß das Recht des Kaisers, zum Reichstage zu sprechen, nicht mit duren Worten in der Verfassung stehe, daß es aber Niemandem eingefallen sei, die Eröffnung des Reichstags durch den Kaiser als verfassungswidrig zu bezeichnen.

Der Kaiser, sagte Minister v. Scholz, ist dasjenige Organ des Reichs, welches alle anderen Organe erst in Gang setzt und ihren Gang regelt; dem Kaiser liegt die Regierung des Reiches ob, und darin ist ohne Weiteres das Recht enthalten, zum Reichstage zu sprechen, ein Recht, welches in der That auch von Ihnen nicht als ein solches angesehen werden könnte, welches andere Rechte verletzt.“

Als der Abg. Rickert im weiteren Laufe der Debatte zu Worte kam, bemerkte er in seinem Namen und für seine Freunde:

„Wir haben einem Theil der Rede (des Abg. Payer) mit gewissen peinlichen Gefühlen gehört. Ich finde sie natürlich und ehrlich in der Situation, aus welcher heraus sie gesprochen wurde; aber, m. H., für uns, die wir, so lange wir denken und arbeiten können, den Nationalstaat erstreben und die nationale Politik der deutschen Regierung mit Freuden unterstützen haben, batte diese Rede allerdings etwas schmerzendes und betrübendes. Auch für uns ist das deutsche Kaiserthum der Träger des nationalen Gedankens und wir möchten, wenn wir im Augenblick mißmutig geworden sind über die gegenwärtigen Verhältnisse, uns niemals dazu verleiten lassen, einer Ansicht zuzustimmen, welche in ihren Konsequenzen zu dem Gegenteil des nationalen Staates führen müs.“

Angesichts dieser Stellung der Liberalen ist es bedauerlich, daß von offiziöser Seite der Versuch gemacht wird, trotz der Erklärung des Ministers v. Scholz, den Nachweis zu führen, daß die Botschaft vom 14. April ein Aussluß der Bestimmung der Verfassung ist, derzufolge der Kaiser das Organ ist, welches den Verlehr des Bundesraths mit dem Reichstage vermittelt. Dieses Argument beweist nichts, weil es zu viel beweist. Denn aus dem Wortlaut der kaiserlichen Botschaft vom 14. April ergibt sich klar und deutlich, daß der Kaiser in diesem Falle nicht als Organ der Vermittelung zwischen Bundesrat und Reichstag gesprochen hat, indem er seine Auffassung ausdrücklich über diejenige seiner „hohen Verblüdeten“ stellt, denen er für die einmütige Unterstützung Dank sagt. Diese Methode, die staatsrechtliche Frage zu lösen, führt nicht zum Ziel, so lange nicht nachgewiesen ist, daß die kaiserliche Botschaft an den Reichstag vorher dem Bundesrat vorgelegen hat. Tatsächlich ist das nicht der Fall gewesen; es hat also auch keine direkte Vermittelung zwischen Bundesrat und Reichstag stattgefunden. Durch die scharfsinnige Erörterung der „R. A. Blg.“ wird das Recht des Königs von Preußen, in seiner Eigenschaft als Kaiser zum Reichstage zu sprechen, viel mehr verdunkelt als klar gestellt. Und das können wir von unserm nationalen Standpunkte aus nur bedauern.

Die gestrige Abend-Ausgabe der „Norrb. Allg. Blg.“ enthält das nachfolgende, an die Adresse der „Kreuztg.“ gerichtete Document:

„Die Nr. 110 der „Kreuzzeitung“ theilt mit großer Sicherheit eine Reihe von militärischen Personal-Veränderungen mit, die mir ernsthaft sind, überall als lediglich erfunden zu bezeichnen. Wie unwahr die gebrachten Mittheilungen sind und auf welcher leichtfertigen Erfindung sie beruhen, wird das die Zeitungen lesende Publikum in einigen Tagen selbst beurtheilen können.“

Man wird hieraus zwei Schlüsse ziehen können, erstens, daß demnächst wichtige Personal-Veränderungen in der Armee bevorstehen, und zweitens, daß man in maßgebenden Kreisen nicht gut auf das Organ der Hochkonservativen zu sprechen ist.

Aus einem dieser Tage erstateten Ausschußberichte der Hamburger Bürgerschaft, welcher die Auswanderung der Auswanderung eines Reichsgesetzes über das Auswanderungswesen auf unbestimmte Zeit verschoben ist. Man wollte in Hamburg verschiedene Bestimmungen über die Auswanderung verbessern und war deshalb zuvor eine Anfrage an die Regierung gerichtet worden, worauf die Antwort in Berlin erfolgte, „daß in absehbarer Zeit nicht an die Vorlage eines allgemeinen Gesetzes über das Auswandererwesen zu denken sei.“

Der gegen die französische Geistlichkeit gerichtete Gesetzentwurf, der die Verleugnung des Konkordats mit Strafen belegen und dem Staat, den Departements und Gemeinden die Liegenschaften zurückzugeben will, welche im Konkordat der Kirche nicht bewilligt worden sind, besteht aus 17 Artikeln. Die beiden ersten lösen die Staatskipendiare der geistlichen Seminarien und die Besoldungen der Canonici. Die Artikel 3 und 4 heben die Dekrete auf, durch welche dem Kultus oder den religiösen Anstalten Liegenschaften, die dem Staat, den Departements oder den Gemeinden angehören, zur Benutzung überlassen worden sind. Die Liegenschaften des Staates werden in Unterrichts-Anstalten umgewandelt oder zum Besten der Schulkasse verkauft. Die weiteren Artikel handeln von der Sperrung der Gehälter, wenn ein Geistlicher seine Amtsgewalt missbraucht, in amtlicher Eigenschaft auf die Wahlen eingewirkt hat u. s. w. Zur Erhebung des Gehalts hat jeder Geistliche einen von der bürgerlichen Behörde ausgestellten Aufenthaltschein beizubringen. Jeder Priester, der in einer Diözese, zu der er nicht gehört, das Pfarramt ausübt, wird nach den Artikeln 479 und 480 des Strafgesetzbuchs bestraft. Die in den Händen des Pfarrers oder des Pfarrverwalters gelassenen Kirchenschlüssel können von der Gemeindebehörde für bürgerliche Dienste verlangt werden. Der Pfarrer, welcher sich dem von der weltlichen Behörde befohlenen Läuten der Glocken widersetzt, wird mit einer Geldstrafe von 50 bis 200 Fr. belegt. Die Zivilbefugnisse einer bestehenden geistlichen Anstalt werden streng begrenzt und einem Verwaltungs-Reglement unterworfen. Die geistlichen Gymnasiaten werden künftig dem Gesetz über den Gymnasial-Unterricht unterworfen sein.

Lord Dufferin begibt sich auf einige Zeit nach London zurück; auf der Heimreise von Konstantinopel wird er in Wien und Paris Aufenthalt nehmen. Die Aufgabe, welche jetzt der Erledigung durch seine diplomatische Geschicklichkeit harrt, betrifft die Reformen in Armenien. Es ist wahrscheinlich, daß auch die ägyptische Frage den Gegenstand der Unterhaltung zwischen dem englischen Botschafter und den Ministern Österreichs und Frankreichs bilden wird. Bekanntlich wurde vor Kurzem das Gericht von ernstlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Khedive und Lord Dufferin bezüglich der zukünftigen Organisation der ägyptischen Verwaltung verbreitet. Der Korrespondent der „Times“ in Kairo widerspricht diesen Gerüchten auf das Bestimmteste. Wie er versichert, hat ihm der Khedive in einer Audienz Folgendes mitgetheilt:

„Von Anfang an haben eigenmächtige Leute stets versucht, Schwierigkeiten zwischen mir und Lord Dufferin zu erzeugen, indem sie einem jeden von uns imaginäre Neuerungen des andern wiederholten. Ich ersuchte Lord Dufferin sofort, diesen Gerüchten keine Aufmerksamkeit zu schenken und sagte, daß, wenn immer ich von ihm differierte, ich ihm meine ehrliche Meinung persönlich ausdrücken würde. Er vertrat, daß er dasselbe thun würde, und da wir beide überzeugt waren, daß wir mit demselben uneigennützigen Zwecke wirkten, waren wir sicher, daß wir schließlich mit einander übereinstimmen würden. Man kann nicht erwarten, daß in solch verwinkelten Fragen zwei Männer über jedes Detail dieselbe Ansicht haben. Lord Dufferin hat größere allgemeine Erfahrungen. Ich besitze eine genauere Kenntnis des Landes. Bei keiner einzigen Gelegenheit entzweiten wir uns jemals über die zu verfolgenden Hauptzwecke. Mit vollommener Herzlichkeit erörterten wir Details und das Ergebnis sind die Decrete, die ich gern und bereitwillig unterzeichnete und mit denen er ebenfalls zufrieden ist. Wenn ich irgend welche Zweifel betreffs der Ansichten Englands habe, so sind dieselben durch Lord Dufferins Mission verneint worden.“

Wie man auch der „Pol. Corr.“ auf Grund „authentischer Informationen“ aus Konstantinopel meldet, hat Lord Dufferin in einer Abschieds-Unterredung mit dem Sultan entwickelt, daß die von Ersterem in Egypten eingeführten Reformen nicht bloss diesem Lande allein zum Heile gereichen werden, sondern auch den Interessen der Türkei entsprechen und förderlich seien. Im weiteren Verlaufe der Audienz beschäftigte sich Lord Dufferin mit dem die Reformen in Armenien betreffenden Artikel 61 des Berliner Vertrages und erinnerte den Sultan an sein Versprechen, die Einführung von Reformen in Armenien fördern zu wollen. Der Sultan nahm die Erklärungen Lord Dufferin's betreffs Egyptens sehr wohlwollend auf, gab überhaupt seiner Befriedigung über die gegenwärtige Situation am Nil Ausdruck und sprach Lord Dufferin für die Herstellung der Ordnung in Egypten seinen Dank aus. Bezuglich Armeniens erklärte der Sultan,

dass er die Einführung von Reformen in allen Provinzen angeordnet habe.

Das norwegische Odelsting hat nunmehr nach dem Antrage des Protokollausschusses alle zur Einleitung der Reichsgerichtsanklage wider das Ministerium Selmer nötigen Maßnahmen getroffen. Nach dem Vorschlag des Ausschusses sollte die Anklage gegen jeden Minister besonders erhoben werden, weil nach § 87 der Verfassung jedem Angeklagten das Recht zusteht ein Drittel der Mitglieder des Reichsgerichts abzulehnen. Da die Regierung aber den Wunsch zu erkennen gegeben hatte, daß die Anklage gegen alle Minister gemeinschaftlich erhoben werden möge, so hat das Odelsting beschlossen, das Aktionskomitee zu bevollmächtigen, nach Umständen die Anklage wegen mehrere Minister gleichzeitig erheben zu können. Das Aktionskomitee, bestehend aus den beiden Stortlingspräsidenten Joh. Sverdrup und Steen nebst den Abgeordneten Berner, Nielsen und Haugland, wird den drei Anklägern Dahl, Blehm und Beutzen alle nötigen Instruktionen ertheilen. Am vorigen Sonnabend hat das Aktionskomitee seine konstituierende Sitzung abgehalten und Joh. Sverdrup zum Vorsitzenden und Berner zum Sekretär erwählt. Als Hauptankläger wird der Abg. Dahl fungiren. Von sämtlichen Beschlüssen des Komites wird dem Justizministerium, dem Stortling und dem Lagting Mittheilung gemacht. Am nächsten Freitag soll das Reichsgericht zusammentreten; an diesem Tage soll bereits die Verhandlung gegen den Ministerpräsidenten Selmer, am Sonnabend die gegen die übrigen Minister stattfinden.

Von den Juden in Nussland wird die Ernennung des Grafen Pahlen an Stelle des verstorbenen Makow zum Präsidenten der vielbesprochenen Judenkommision in sympathischer Weise begrüßt und erweckt manche fast schon gänzlich aufgegebene Hoffnung. Die jüdische Zeitschrift „Wochschod“ gibt dieser Stimmung in unverhohler Weise Ausdruck. Indem sie die völlige Unparteilichkeit des Grafen Pahlen rühmend hervorhebt, betont sie, die Juden hätten immer und überall nichts als Unparteilichkeit und strenge Gerechtigkeit für sich verlangt und könnten deshalb mit der Ernennung des Grafen Pahlen sehr zufrieden sein.

Der Friedensvertrag zwischen Chile und Peru ist nach einer aus Valparaiso eingegangenen Meldung durch Novoa als Vertreter Chiles und durch den Präsidenten von Nordperu, General Iglesias, unterzeichnet worden. Im Friedensvertrag ist bestimmt, daß Tacna und Arica von Peru auf 10 Jahre an Chile abgetreten werden; nach Ablauf dieser Frist soll durch eine Volksabstimmung darüber entschieden werden, zu welchem Lande die gebürtigen Provinzen für die Zukunft gehören sollen. Derjenige Staat, der die beiden Provinzen erwirbt, würde verbunden sein, demjenigen Staate, der dieselben abzutreten hat, eine Entschädigung zu leisten.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 16. Mai. Die durch die neueste preußische Note an die Kurie und durch die Aufnahme derselben im Vatikan geschaffene kirchliche Lage ist noch keineswegs klar; sicher ist nur Eins: daß man in Rom auf der Grundlage des neuesten preußischen Vorschlags nicht verhandeln will; das geht zur Genüge aus der Gilfertigkeit hervor, womit man die deutsche klerikale Presse über die Unzufriedenheit der Kurie mit der jüngsten Note der Regierung informirt hat. Die Angaben der klerikalen Blätter aber, wonach diese Note gar nicht auf die nächste Erklärung eingegangen wäre, welche die letzte Note des Kardinals Jacobini auf diesseitiges Verlangen betreffs der päpstlichen Forderungen gegeben hatte, dürften keinen Glauben verdienen. Diese Forderungen hatten sich bekanntlich im Allgemeinen auf die „Freiheit“ der Ausbildung der Geistlichen und der Ausübung des geistlichen Amtes bezogen; die von der Kurie dazu gegebenen Erläuterungen haben ohne Zweifel alsbald erkennen lassen, daß mit der Bewilligung der vatikanischen Forderungen jede Sicherheit gegen eine jesuitische Ausbildung des gesamten Klerus und gegen den Missbrauch des geistlichen Einflusses zu weltlichen Zwecken verschwinden würde. Es ist aber trotzdem nicht anzunehmen, daß diese Einzelheiten von der preußischen Note lediglich mit Stillschweigen übergangen worden; allem Anschein nach ist vielmehr in dem Sinne darauf eingegangen worden, daß man andere, als strafgerichtliche Folgen für die Übertretung der bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen vorschlug — was man jetzt von Rom aus den Versuch der Beibehaltung des „ganzen maigesetzlichen Apparates“ nennt, damit deutlich befundend, wie weit die klerikalen Hoffnungen sich verstreichen hatten. Indek je weniger die von Rom aus in die deutsche ultramontane Presse lancierten Schilderungen der letzten preußischen Note der Wahrheit entsprechen dürfen, um so unbedingter beweisen sie, daß im Vatikan der Entschluß gefaßt worden ist, zunächst sich wieder auf das hohe Pferd zu setzen und von der angeblich vorhandenen parlamentarischen

Majorität für eine „organische Revision“ der Maigesetze das Weiteres in einer neuen Kampfstellung gegen die Regierung zu erwarten. Offenbar soll zu diesem Zwecke die Auffassung der klerikalen Wähler durch die tendenziösen Angaben über den Inhalt der preußischen Note im Voraus so geleitet werden, daß die jedenfalls nicht ausbleibende Veröffentlichung des Textes schon einer vorgefaßten Meinung begegnet. Danach ist allerdings aber anzunehmen, daß der politische Rückschlag dieses Versfahrens auf das Verhältnis zwischen der Regierung und dem Zentrum ein um so stärkerer sein wird; denn Fürst Bismarck ist jedenfalls nicht der Ansicht, daß er der Kurie nichts Annehmbares angeboten habe, und er wird daher die sich jetzt entwickelnde Taktik als eine äußerst schändliche empfinden. Unter solchen Umständen braucht man dem augenblicklich sich nur aus zufälligen Gründen etwas stärker accentuierenden Gegensatz zwischen den aristokratischen und den demokratischen Elementen des Zentrums keine Bedeutung beizulegen: so lange der kirchenpolitische Kampf noch um die wichtigsten Positionen, um welche seit zehn Jahren gestritten wird, fortduert, wird derselbe die Richtung Schorlemer und die Richtung Bachem-Majunte zusammenhalten — länger allerdings wird dies wohl nicht gelingen.

S. Berlin, 16. Mai. Der König und die Königin von Sachsen sind heute Mittag 12 Uhr mit einer viertelstündigen Verzögerung wohlbehalten auf dem biegsamen Anhalter Bahnhofe eingetroffen. Die Verzögerung lag an dem Umstande, daß der Zug im Außenbahnhofe getheilt werden mußte, um es zu ermöglichen, daß der eingefügte Salonwagen des Königspaars in die Perronhalle auf der Absatzseite vor den Fürstenzimmern einlaufen konnte. In der Begleitung der Majestäten befanden sich u. A. der sächsische Gesandte v. Rostitz-Wallwitz und der Militär-Bevollmächtigte Oberst von der Planitz, welche dem Königspaar bis zur Landesgrenze entgegengereist waren. Der Kaiser, welcher die Uniform seines Grenadier-Regiments angelegt hatte, fand sich bereits um 11½ Uhr in den königlichen Wartesaalons ein, wo sich schon zuvor der Kronprinz in der hellblauen sächsischen Husaren-Uniform, die Prinzen Wilhelm, Alexander und August von Württemberg, ebenso die Gemahlin des Gesandten v. Rostitz, mit mehreren Damen höherer sächsischer Offiziere, Vice-Dienstmeister v. Rauch, der Stadtcommandant General von Oppeln-Bronikowski und Polizeipräsident von Wadai versammelt hatten. Ueberaus herzlich war die Begegnung zwischen den Mitgliedern unseres Königsbaues und den sächsischen Herrschaften. Kaiser Wilhelm und König Albert umarmten sich wiederholts, während Ersterer die Königin Carola mit einem Handkuss und warmen Worten des Willkommens begrüßte. In der offenen zweispänigen Kalesche, heute mit Vorreiter, nahmen die beiden Monarchen Platz, König Albert in der Uniform seiner ostpreußischen Dragoner zur Rechten, die Königin folgte in geschlossener Galakutsche. In den von den sächsischen Herrschaften bewohnten Königskammern im königl. Schloß fand alsbald ein Deseuner statt, nach welchem um 1 Uhr der Besuch der Hygiene-Ausstellung geplant war. Morgen wird der Kaiser mit dem Könige von Sachsen die Besichtigung des Lehr-Infanterie-Bataillons und der Unter-Offizierschule in Potsdam vornehmen.

Der französische Krönungsbotschafter Waddington hat seine Weiterreise von hier nach Moskau bis heute Abend verschoben. Gestern Abend sind noch aus Paris der Bruder desselben, Mr. Richard Waddington, sowie der außerordentliche Minister Comte de Pontécoulant und General Pittié in Berlin angelommen, um sich der Deputation noch anzuschließen.

Die Gesandtschaft der Königin von Madrid ist heute Nachmittag 2½ Uhr über Weimar, Mainz, Köln und Essen, wo dieselbe zur Besichtigung der Krupp'schen Etablissements noch einen kurzen Aufenthalt nimmt, via Büssingen nach London abgereist.

Der thüringische Städteitag hat in seiner kürzlich abgehaltenen Jahresversammlung den Beschluß gefaßt, die Wiedereinführung der Prügelstrafe in den Korrigenden-Anstalten als notwendig zu empfehlen. „Selbst der konservative Minister v. Puttkamer“, so bemerkte dazu die „Böß. Btzg.“, „konnte vor zwei Jahren nicht anders, als auf ein ähnliches Ansuchen einer kommunalständischen Körperschaft ablehnend antworten; es ist deshalb wohl die Besorgniß ausgeschlossen, daß jetzt dem wiederholten Ausdruck eines selbst von den meisten Anstaltsdirektoren verurtheilten Verlangens stattgegeben werde.“

Die „Nordd. Allg. Btzg.“, welche schon neulich den Herren Bulgaren im Auftrage einen kalten Wasserstrahl applizierte, knüpft heute an eine Polemik mit dem in Sofia erscheinenden „Balkan“ — dem offiziösen Organ der russischen Generale Slobew und Raulbars, die sich bekanntlich seit einiger Zeit in bulgarischen Ministerstellungen befinden — folgende ernsthafte Warnung:

„Angesichts der Aufforderungen des offiziösen Blattes, Serbien, Griechenland und Bulgarien möchten sich vereinigen, um gemeinsam die europäische Türkei zu schützen, wollen wir bemerken, daß es bedauerlich wäre, wenn die neu geschaffenen Donaustaten nach ihrer Emanzipation von der türkischen Herrschaft jetzt andere Zwecke verfolgen wollten, als die einer gebedlichen inneren Entwicklung. Es kommt ihnen nicht zu, abenteuerliche Großmachtspolitik zu treiben, und sollten sie dies versuchen, so würden sie kaum verhindern können, daß vielseitig die Frage aufgeworfen werde, ob man überhaupt wohl daran gethan hat, jene Staatengruppe ins Leben zu rufen.“

Paris, 13. Mai. Heute wurde hier der vierte Regional-Kongress des Föderativbundes von Mittelfranken eröffnet. Derselbe soll über folgende Fragen berathen: über Gewerbezämmern und Associationsfreiheit; besondere Einrichtungen der Wohnungen und die Frage der Miethe; über die Einwanderung von fremden Arbeitern in Frankreich und das daraus entstehende Sinken der Löhne; über die Krisis, die gegenwärtig die Arbeiter durchmachen; über das periodische Eintreten der Krisen, ihre Ursachen und die Mittel, sie zu verhindern; über die Verringerung der Arbeitszeit; über die Mittel und den Modus des internationalen Austausches vom Standpunkte der Produktion aus; über die gegenwärtige Art, die Arbeiter zu verschärfen; über die Notwendigkeit einer sozialen Assuranz; über die Organisation der öffentlichen Dienste in der Gemeinde und der Nation. — Der Gesetzentwurf über die Erziehung der Soldatenkinder, welchen der Kriegsminister der Räume vorlegen wird, bestimmt, daß die Soldatenkinder aus den Kasernen entfernt und in besonderen Schulen erzogen werden sollen. Die Aufnahme geschieht im zwölften

Lebensjahr, der Austritt nach fünf Jahren. Dann können sich die Soldatenkinder auf fünf Jahre anwerben lassen und, nachdem sie drei Monate als gemeine Soldaten gedient, können sie Korporale und nach weiteren drei Monaten Unteroffiziere werden. Der Ministerrat hat den Entwurf bereits aufgeheizt. — General Pittié, welcher den Präsidenten der Republik bei der Krönung des Zaren vertritt, reist heute Abend nach Moskau ab. — Der irrsinnige Attentäter Althüller ist aus Frankreich ausgewiesen worden. Seine Familie läßt ihn in eine Brüsseler Irrenanstalt bringen. Die drei Opfer Althüller's sind außer Gefahr. — Die Subskription für das Gambetta-Denkmal schreitet nur langsam vorwärts. Sie brachte seit ihrer Eröffnung nur 143,822,65 Francs ein.

Petersburg, 13. Mai. Die Katlow'sche „Moskauer Web.“ bleibt gegen alle Liebeswerbungen von Seiten der polnisch-nationalen Agitation taub und unempfindlich und verhält sich der event. „Aussöhnung“ gegenüber, die auf Kosten Deutschlands zu erfolgen hätte, sehr misstrauisch.

Wir sind der Meinung, — läßt die genannte Zeitung sich vernehmen — daß wir aus der Stellung der Polen in Österreich für uns manche Lehren ziehen können. Es genügt, wenn wir auf die beständigen, systematischen Unterdrückungen außerklam machen, denen die drei Millionen zählende russische Bevölkerung in Galicien, diesem uralten russischen Gebiet, durch die Polen ausgesetzt ist. Wir erinnern nur an den Prozeß im vorigen Jahre in Lemberg und an die Verfolgungen, denen gegenwärtig die griechisch-katholische Kirche ausgesetzt ist, und ersehen daraus, in wie weit die Polen fähig sind, sich den Geist der Verjährung anzueignen und in wie weit sie berufen sind, der Idee (der slavischen Einheit) zu dienen, welche die polnische Angelegenheit in der russischen Provinz zu ihren Gunsten auszubauen angefangen haben.“

In Bezug auf die „Pet. Web.“, welches Blatt in der letzten Zeit ganz besonders zu Gunsten einer Aussöhnung mit den Polen thätig ist und Russland bei jeder Gelegenheit vor den Anschlägen Deutschlands warnt, meint das Organ des Herrn Katlow:

„Der völlig konfus gemachte Redakteur der „Pet. Web.“ weiß selbst nicht, was er redet. Seinen uuzusammenhängenden Reden läßt sich nur entnehmen, daß es der Intrigue bisher gelungen ist, Leute in ihren Reihen zu sammeln, die einstmals von dem Gefühl ihrer Nationalität und dem des Patriotismus durchdrungen waren.“

Petersburg, 16. Mai. (Telegramm.) Gestern Mittag fand die Beisetzung des verstorbenen Reichskanzlers Fürsten Gortschakow in der Familiengruft im Sergiuskloster statt. Gegenwärtig waren: der Kaiser, mehrere Mitglieder des Kaiserhauses, der Minister des Auswärtigen, v. Giers, und andere höhere Beamte des Auswärtigen Amtes, die Botschafter Fürst Lobanow-Rostowski, v. Saburow, v. Melidow, die gewesenen Botschafter Graf Ignatjew, v. Dubril und v. Nowikow und die Verwandten des Verstorbenen. Vom diplomatischen Corps waren anwesend: der deutsche Botschafter, Generalleutnant v. Schweinitz, der deutsche Militärattaché, Generalleutnant v. Werder, und die Gesandten Schwedens und Dänemarks. Reden wurden nicht gehalten. Der Kaiser warf die erste Hand voll Erde auf den Sarg. — Gestern ist die Krönungskommission mit ihrem Präsidenten, Grafen Pahlen, und das gesamte Ceremonialamt nach Moskau abgegangen. — Auf diese diesbezüglicher Entscheidung des Ministerkomites ist anbefohlen worden, während des Krönungstages und während der beiden darauf folgenden Tage diejenigen Behörden in Petersburg und Moskau ruhen zu lassen, welche dadurch keine Geschäftsstörung erleiden. — Die Königin von Griechenland ist gestern hier eingetroffen.

F. XXV. Allgemeine deutsche Lehrerversammlung.

(Original-Bericht der „Posener Zeitung“).

Bremen, 15. Mai. Unter äußerst zahlreicher Beteiligung eines sehr gewählten Publikums wurde die Versammlung heute Vormittag gegen 9½ Uhr im Festsaale des Bremer Künstlervereins mit dem Gesange: „O heiliger Geist, lehr' bei uns ein!“ eröffnet.

Die Versammlung war von etwa 1600 Lehrern und Lehrerinnen aus allen Theilen Deutschlands und Österreichs besucht. Die österreichische Regierung hatte drei hervorragende Pädagogen auf Staatskosten zu der Versammlung entsandt. Nachdem Realitätsdirektor Debbe (Bremen) zum ersten, Seminarlehrer Halben (Hamburg) zum zweiten und Lehrer Mörl (Gera) zum dritten Vorsitzenden gewählt worden war, äußerte sich Bürgermeister Gildemeister (Bremen) etwa folgendermaßen: Es ist mir der ehrenvolle Auftrag geworden, Sie im Namen der Regierung des Preußischen Staates zu begrüßen. Die Wohlfahrt eines jeden Staates ist mit der Wohlfahrt der Schule aufs Engste verbunden, deshalb ist es Pflicht des Staates, Ihnen sowohl seine Sympathien entgegenzubringen, als auch Ihnen Ihre volle Freiheit zu lassen. Der Staat kann sich wohl Pädagogen ausbilden, aber er kann sie sich nicht schaffen und wenn eine Regierung Ihre Bestrebungen richtig auffaßt, so muß sie zu der Einsicht gelangen, daß dieselben nur in voller Freiheit gebüten können (Beifall). In dieser Weise kann unser kleine bremische Staat dasfelbe leisten, wie der größte Staat in Deutschland. Wenn Ihnen Bremen auch nicht viel bieten kann, so werden Ihnen doch von der gesamten Bremer Bevölkerung die größten Sympathien entgegengebracht. Nicht nur im Namen der Bremer Regierung, auch im Namen der Bremer Bevölkerung heißt es Sie herzlich willkommen (Lebhafte Beifall). — Konsul H. H. Meier begrüßte ebenfalls die Versammlung Namens der Bremer Bürgerschaft. — Pastor Portig (Bremen) hielt seinerseits die Versammlung willkommen. „Wo die Schule sich versammelt, darf die Kirche nicht schwiegen. Beide sind vereint, für die geistige und sittliche Erziehung der Menschen gemeinschaftlich zu wirken. In Bremen, wo wir eine wahrhaft liberale Kirche haben, wo alle Bekenntnisse volle Befriedigung finden, wo man seinerlei Intoleranz kennt, gibt es keinen Gegensatz zwischen der Kirche und der freien Schule.“ (Lebhafte Beifall). — Professor Dr. Specht (Karlsruhe) überbrachte der Versammlung Grüße von der badischen Oberschulbehörde, den städtischen Behörden und der Lehrerversammlung von Karlshafen, in dessen Mauern die letzte Lehrerversammlung getagt hat.

Der Vorsitzende, Realitätsdirektor Debbe (Bremen), begrüßte die Versammlung Namens der Preußischen Lehrerschaft und brachte ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser aus, in das die Versammlten dreimal lebhaft einstimmen. Auf Vorschlag des Direktors Debbe wurde alsdann zugleich beschlossen, folgendes Telegramm abzusenden: „An Se. Majestät den Kaiser und König. Die 25. Allgemeine deutsche Lehrerversammlung, soeben mit einem begeisterten Hoch auf Seine Majestät eröffnet, sendet Ew. Majestät ehrfürchtigen Gruß mit dem herzlichsten Wunsche auf Gesundheit und Wohlergehen.“ — Realitätsdirektor Dr. W. Lange (Hamburg) sprach hierauf über: „Was wir Lehrer uns in allen Zeiträumen zu bewahren haben.“ Seit dem Bestehen der deutschen Lehrer-Versammlung — so

ungefähr bemerkte der Redner — hat die Schule die verschiedensten Stadien durchgemacht. Zunächst wurde ihr der Vorwurf gemacht, daß sie die demokratische Bewegung verschuldet habe, alsdann wurde ihr ein Ruhmesantheil an den gewonnenen Schlachten zugesprochen und nun soll sie wieder die gesamte liberale Bewegung verschuldet haben. Die Schule verdient weder den ihr zugestandenen Ruhm, noch die erwähnten Vorwürfe, denn ganz abgesehen, daß der Löwenanteil auf die Erziehung der Familie ausstellt, so wirken i o viele andere Verhältnisse auf den Jungling, wenn er die Schule verlassen hat, daß dieselbe nur zum kleinsten Theile für seine Handlungen verantwortlich zu machen ist. Allerdings lassen sich in den Schuljahren die jugendlichen Gemüther wie Wachs beeinflussen und deshalb ist es unsere Aufgabe: uns in allen Zeiträumen die Bedeutung von unserer Berufstätigkeit, die Liebe für das Vaterland erwecken und endlich müssen sich die Lehrer das Standesbewußtsein und den kollegialen Sinn bewahren. Die Schule muß außerdem eine erziehliche sein und bleiben, die Lehrer müssen für das Leben erziehen, sie müssen sich in allen Zeiträumen bewahren, den Glauben an die Freiheit und unaufhörliche Fortentwicklung der Menschen, an die Macht der Wahrheit und an den Sieg des Idealens, die Liebe für das Vaterland erwecken und endlich müssen sich die Lehrer das Standesbewußtsein und den kollegialen Sinn bewahren. Unser Beruf ist wohl ein sehr schwerer, ja aufreibender, aber auch gleichzeitig ein schöner und eminent wichtiger. Letzterer Umstand ganz besonders wird auch von vielen Seiten anerkannt und deshalb sind alle politischen Parteien bemüht, die Lehrer sich zu gewinnen. Der Lehrer, der seine Aufgabe richtig erfaßt hat, wird aber keine einsame Parteipolitik treiben, nur das Interesse der Schule im Auge haben, nichts gegen dieses Interesse unternehmen, wenn es auch die sogenannte Parteidisziplin erfordert. Leidet das Schulinteresse, wenn der Lehrer sich an der politischen Bewegung beteiligt, so muß er diese Betheiligung unterlassen, allein man kann wohl das Eine thun und das Andere nicht lassen. Es ist dies ein großes Glück für die Schule, denn sonst würde bei Besprechung der Schulangelegenheiten im Deßentlichen nur die graue Theorie zum Ausdruck gelangen. Die deutschen Lehrerversammlungen haben zur Wahrung des Standesbewußtseins der Lehrer und der Kollegialität wesentlich beigebracht, möge das auch hinfert immer so sein. (Sturmischer, lang anhaltender Beifall). — Von einer Debatte wurde, „um den Eindruck des Vortrages nicht zu verwischen“, Abstand genommen. — Seminar-Direktor Dr. Credner (Bremen) sprach hierauf über „die Überbildungfrage“. Der Redner bezeichnete die Überbildungfrage als eine hochwichtige praktische Erziehungsfrage. Die rationelle Pädagogik hat für die einzelnen Schultypen das rechte Maß der Körper- und Geistesgymnastik zu bestimmen und dafür zu sorgen, daß nicht das Übermaß in der einen Beziehung nach der anderen schädlich werde. Ob Überbildung stattfinde, ist davon abhängig zu machen; ob dem normal angelegten Schüler nach Anstrengung seiner Schularbeiten das nötige Quantum Scolaf geschert ist, ob der Jüngling nach mehrstündigem Schulunterricht sich ausruhen und erholen kann, ob die häuslichen Aufgaben so eingerichtet sind, daß den Knaben und Mädchen noch Zeit übrig bleibt, sich im Hause nützlich zu machen und die Fertigkeit und Gewandtheit zu erlernen, welche das praktische Leben notwendig macht. Im Allgemeinen darf der modernen Schule das Lob zuverlannt werden, daß sie das rechte Maß gefunden habe. Dagegen überbürden vielfach die Eltern ihre Kinder durch das Ertheilenlassen von Privatunterricht, ferner indem sie die Kinder in eine deren geistigen Anlagen nicht entsprechende Schule schicken, ihnen Freuden und Vergnügungen gewähren, die sich mit den Schulpflichten nicht vereinen lassen. Doch auch die Lehrer überbürden auch zuweilen ihre Schüler durch unnötige Aufgaben etc. Derartige Fehler, soweit sie noch vorhanden sind, Kunst zu vermischen und fest und unentwegt nach den Forderungen der modernen Schule zu wissenschaftlich verfahren zu wollen, ist die einzige mögliche Antwort, die die Versammlung dem Publikum zu ertheilen vermag. (Sturmischer, lang anhaltender Beifall). — Der Redner proponierte schließlich eine Reihe seiner Ausführungen entsprechende Thesen. Schuldirektor Dr. Bartels (Gera): Eine eigentliche Überbildung der Volksschule liege nicht vor. Allerdings sei es notwendig, daß die Volksschüler ihre Schulaufgaben möglichst in den Schulstunden machen. Die Fach-Lehrer und die Elternheit vieler Lehrer seien das Hauptgrundstück der Überbildung. — Direktor Dr. Kesperstein (Hamburg) behauptete, daß Überbildung in allen Schulen, auch in der Volksschule und in den höheren Töchterschulen vorhanden sei. — Gymnasiallehrer Dr. Noack (Herford) stellte folgende Sätze auf: 1) „Überbildung ist in vielen Schulen vorhanden, 2) Es ist Aufgabe der deutschen Lehrerschaft, ernsthaft Mittel und Wege aufzufinden, um diesen Übelstand zu beseitigen, 3) der Pflege des Körpers ist mehr Aufmerksamkeit zu zuwenden, als dies in vielen Orten gegenwärtig der Fall ist.“ — Gymnasiallehrer Dr. Zimmermann (Homburg): Die vielen Prüfungen tragen auch wesentlich zur Überbildung bei. Auch sei es ernsthaft in Erwägung zu ziehen, ob nicht im Allgemeinen eine leichtere Lehrmethode zu finden sei. — Realitätslehrer Kutsch (Ebing): Die veränderten Familienverhältnisse lassen vielleicht eine Änderung der Schulorganisation für geboten erscheinen. Ich halte aus diesem Grunde die vorliegende Frage noch nicht für ganz sprudelnd und erfrage Sie, von jeder Bezeichnung abzustehen. — Es sprachen noch Direktor Dr. Kropenberg (Bremen) und Schulinspektor Bachhaus (Düsseldorf). Auf Antrag des Letzteren wurde schließlich einstimmig resovirt: „Die Versammlung erklärt sich mit den Theilen des Herrn Direktor Dr. Credner im Allgemeinen einverstanden.“ Danach wurde die Versammlung gegen 2½ Uhr Nachmittag auf morgen Vormittag 11 Uhr vertagt.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 17. Mai.

— Die Prüfungs-Kommission für die wissenschaftliche Stattpreufung der Kandidaten des geistl. Amtes in der Provinz Posen besteht für das Jahr 1883/84 aus den Herren:

Dr. Gek, General-Superintendent, zugleich Vorsitzender der Kommission.

Dr. Polte, Provinzial-Schulrat.

Reichard, Konfessorial-Rath.

r. Diebstähle. Vorgestern Nachmittags gesellte sich auf der St. Martinsstraße zu einer Frauensperre aus Oberschlesien, welche eben hier angelommen war, und der man wohl ansah, daß „sie nicht von hier war“, ein Frauenzimmer und versprach, der selben ein williges Logis zu besorgen. Um sich bei der starken Hitze zu stärken, gingen beide in eine Destillation auf der St. Martinsstraße, wo sie treue Freundschaft schlossen und dieselbe mit mehreren Schnäppen befestigten. Kurze Zeit darauf entfernten sich die neue Freundin, angeblich auf einen Augenblick. Als sie aber nicht zurückkehrte, und die Oberschleserin endlich gleichfalls die Destillation verlassen wollte, bemerkte sie zu ihrem Schrecken, daß aus der Tasche ihres Kleides von der „treuen“ Freundin, einer jedenfalls ganz gewiegten Täschendiebin, ihr Portemonnaie mit circa 20 M. Inhalt entwendet war.

△ Reisen, 15. Mai. [Königsbach. Leichenwagen.] Bei dem gestern und heute hier abgehaltenen und vom herrlichsten Wetter begünstigten Königsbacher erworb der hiesige Waler August Klopisch die Königswürde. Den nächstbesten Schuß trat der Fleischermeister Franz Rachsfeld. — Seit einigen Tagen besitzt die hiesige Schützengilde einen aus den Fonds der Schülern-Sterbefäße angelegten Leichenwagen, welcher von dem Bogenbaumeister Harder in Gehrden für den Preis von 495 M. geliefert worden ist. Derselbe ist in solider, eleganter Bauart hergestellt, reich vergoldet und steht den Mitgliedern der Schülern-Sterbefäße unentgegnet allen Anderen für eine geringe Entschädigung zur Verfügung.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 16. Mai. Der Fürst von Montenegro empfing heute im Laufe des Vormittags die Besuche der hier weilenden Mitglieder des kaiserlichen Hauses. Kronprinz Rudolf kam aus Laxenburg, um dem Fürsten einen Besuch zu machen, den dieser alsbald in der Hofburg erwiederte. Nachmittags wurde der Fürst Nikola von der Kaiserin empfangen. Dem heute stattgehabten Galabiner wohnte der Fürst mit seiner Suite bei; auch Oberst Thömmel nahm an demselben Theil. Die Abreise des Fürsten nach Moskau ist definitiv auf Sonnabend Vormittag festgesetzt.

Wien, 16. Mai. Wie der „Polit. Kor.“ aus Konstantinopel gemeldet wird, offerierte der Präsident des Verwaltungsraths der Orientbahnen, Baron Hirsch, der türkischen Regierung namens der Gesellschaft, den Bau der türkischen Anschlußbahnen zu übernehmen, gegen sechzehnprozentige Verzinsung der zum Bau erforderlichen Mittel seitens der Regierung und sofortige Belieferung der Regierung an der Brutto-Einnahme der Bahnen, so weit dieselben 7000 Frs. per Jahr und Kilometer übersteigen. Die Gesellschaft will außerdem auf den von der türkischen Regierung vertragmäßig herzustellenden Bau einiger kleinerer Binen und Quais verzichten und proponirt eine gütliche Verständigung bezüglich der älteren Differenzen. Der Vertreter der Gesellschaft in Konstantinopel, Dr. Kühlmann, ist mit den weiteren Verhandlungen betraut.

Bpest, 16. Mai. Das amtliche Blatt veröffentlicht die Ernennung des Professors Kauz zum Vizegouverneur der österreichisch-ungarischen Bank und zum Präsidenten der Pestler Direktion derselben.

Kopenhagen, 15. Mai. Es verlautet, der König bestätigte Ende Mai oder Anfang Juni sich nach Wiesbaden zu begeben.

Stockholm, 16. Mai. Heute begann im Reichstage die Beratung des Armeeorganisationsgesetzes. Seitens der Regierung wurde nachdrücklich betont, daß sie jeder Aenderung des königlichen Vorschlags, durch welche die Stärke des Heeres, seine feste Gliederung und Zusammensetzung geschwächt werden könnte, entgegentreten werde. Die Verhandlung dürfte mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Paris, 16. Mai. Der Kardinal Lavigerie hatte heute eine lange Konferenz mit dem Präsidenten Grévy. Wie es heißt, wird sich der Kardinal demnächst nach Syrien begeben, um die französischen Niederlassungen derselbst zu besuchen. — Der „Temps“ meldet, daß ein Geschäftsmann in Madagaskar, namens Nibe, ein Kreole von der Insel Réunion, welcher schon seit 20 Jahren in Madagaskar Handelsgeschäfte betrieb, in der Nähe von Mahambo samt seinem Hauseiern ermordet worden ist. — Einer Depesche desselben Blattes aus London zufolge soll die englische Regierung zu der Ansicht Lord Dufferins hinneigen, daß Egypten kein Interesse habe, die Provinzen Darfur und Kordofan von dem falschen Propheten Mahdi zurückzuerobern. Wenn der Scheide damit einverstanden sei, werde England in Unterhandlung treten, um die Stellung Egyptens und des Mahdi im Sudan zu regeln.

Dublin, 16. Mai. Der Kutscher Fitz Harris, welcher von der Theilnahme an der Ermordung im Phoenixpark freigesprochen worden war, ist, nachdem nunmehr eine zweite Anklage gegen denselben erhoben war, als Mitwisher nach vollbrachter That schuldig befunden und zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt worden.

Rom, 16. Mai. Die päpstliche Krönungsgeandschaft ist heute nach Moskau abgereist.

Rom, 16. Mai. Dem „Moniteur de Rome“ zufolge findet das nächste Konistorium Ende Juni statt.

Florenz, 16. Mai. Die „Revue für sozialpolitische Wissenschaften“ veröffentlicht ein Schreiben des Senators Cadorna über die Triplexallianz. Das Schreiben führt aus, daß Frankreich selbst die drei Mächte in die Notwendigkeit gebracht habe, sich im Interesse des Friedens ins Einvernehmen zu setzen; das auf die Erhaltung des Friedens abzielende Einvernehmen werde jedoch keine Anwendung finden, wenn Frankreich nicht aggressiv vorgehe. Von der Behauptung, Italien fürchte in Frankreich die Republik, sei das Gegentheil wahr.

Petersburg, 16. Mai. Der Großfürst Konstantin Konstantinowitsch und der Herzog Nicolaus von Leuchtenberg sind gestern hier angekommen.

Kronstadt, 15. Mai. Das Meer ist, so weit man sehen kann, eisfrei, nur längs des Nordufers und in der Richtung auf Krasnoja Gorka befindet sich noch etwas Eis. Die Größnung der Schiffssahrt wird täglich erwartet.

Kronstadt, 15. Mai. Die Schiffssahrt ist eröffnet; zwei englische Dampfer sind heute Abend hier eingetroffen. Das Volk hat die Flagge ausgehängt.

Samara, 16. Mai. Ein gestern hier selbst ausgebrochenes Feuer äscherte mehrere Häuserviertel der Stadt ein; dasselbe ist gelöscht.

Konstantinopel, 15. Mai. Lord Dufferin ist heute nach Wien abgereist.

Rom, 16. Mai. Die Kammer berieh über die Tagesordnung Nicotera's weiter, welche ein Misstrauensvotum gegen das Kabinett enthält. Der Ministerpräsident erklärte, er werde ohne ein starkes und ausdrückliches Vertrauensvotum nicht auf seinem Posten bleiben.

Dublin, 17. Mai. Gestern Nachmittags fand hier eine Versammlung der irischen Nationalliga statt, welcher Biggar in Abwesenheit Parnells präsidierte. Mehrere Deputirte besprachen das Schreiben des Papstes an die irischen Bischöfe. Biggar sagte, die Worte des Papstes müßten mit großer Ehrfurcht vernommen werden, aber die Ansicht der irischen Partei müsse klar zum Ausdruck kommen. Mayne sagte, die Nationalpartei werde sich wohl, wie O'Connell die Religion, nicht aber die Politik von Rom holen. Der Papst sei das Haupt der katholischen Kirche, Parnell aber das Haupt der politischen Kirche

und das irische Volk folge ihm, bis die Unabhängigkeit Irlands erreicht sein werde.

Verantwortlicher Redakteur: G. Fontaine in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Mai.

Datum	Barometer auf 0 Std. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind d.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
16. Nachm. 2	758,6	S schwach	heiter	+26,1
16. Abends 10	76,5	O schwach	heiter	+18,4
17. Morgens 6	754,1	NW mäßig	trübe	+16,3
Am 16. Wärme-Maximum: +29,6 Cels.				
Wärme-Minimum: +12°3				

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 16. Mai Morgens 1,02 Meter.
16. Mittags 1,02
17. Morgens 0,98

Wetterbericht vom 16. Mai, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind d.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	772	ONO	1 wolfig	10
Aberdeen	760	NO	4 halb bedeckt	11
Christiansund	767	WSW	6 wolfig	6
Kopenhagen	766	still	wolkenlos	14
Stockholm	765	SW	2 wolkenlos	17
Hoparanda	762	still	Nebel	3
Petersburg	765	NO	1 wolkenlos	13
Moskau	768	still	wolkenlos	15
Port, Queenst.	771	NO	2 heiter	12
Brest	765	ONO	4 halb bedeckt 1)	14
Delber	768	N	2 wolkenlos	13
Sylt	767	NO	3 wolfig	14
Hamburg	767	OSD	2 wolkenlos	19
Swinemünde	767	SSO	1 wolkenlos 2)	18
Neufahrwasser	768	SSO	1 wolkenlos	21
Nemel	767	S	1 wolkenlos	19
Paris	—	—	—	—
Münster	765	NO	1 wolkenlos	18
Karlsruhe	765	NO	2 wolkenlos	17
Wiesbaden	765	still	wolkenlos	16
München	766	O	3 wolkenlos	14
Cheznis.	766	still	wolkenlos	18
Berlin	767	SO	3 wolkenlos	19
Wien	765	still	wolkenlos	18
Breslau	768	OSD	1 wolkenlos	19
Die d'Air	—	—	—	—
Nizza	—	—	—	—
Triest	764	ONO	2 wolkenlos	20

1) Seegang mäßig. 2) Nachts Thau.

Skala für die Windstärke.

1 = leicht Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = sturmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung. Die Stationen sind in vier Gruppen geordnet; 1. Nordamerika, 2. Küstengzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mitteleuropa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Übersicht der Witterung.

Über den britischen Inseln hat sich ein barometrisches Maximum ausgebreitet, so daß jetzt im Nordseegebiete meist leichte nördliche Luftströmung aufgetreten ist, unter deren Einfluß derselbst die Temperatur meist gefallen ist. Über Central-Europa herrsch bei außerordentlich gleichmäßiger Luftdruck-Bertheilung stilles, warmes, trockenes und fast wolkenloses Wetter. Nur in Bortum, wo gestern Abend ein Gewitter mit Regen stattfand, sind die Wärmeverhältnisse normal, im übrigen Deutschland liegt die Temperatur meist erheblich über der normalen. Neufahrwasser meldet 21 Grad. In Westdeutschland fanden gestern Nachmittag für diese Jahreszeit ungewöhnlich hohe Temperaturen vor, in Kassel sogar 30 Grad.

Deutsche Seewarte.

Telegraphische Börsenberichte.

Börsen-Course.

Frankfurt a. M., 16. Mai. (Schluß-Course.) Ruhig. Deutsche Bahnen bevorzugt, Russen gefragt. Bond. Wechsel 20,50, Partner do. 81,15, Wiener do. 170,40. R. M. S. —. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 100g R. M. Pr. Anth. 127g Reichsanl. 102g. Reichsbank 150. Darmst. 153g. Reining. Br. 96g. Ostf. ung. Br. 714,50. Kreditalt. 262g. Silberrente 67g. Papierrente 67. Goldrente 84g. Ung. Goldrente 76. 1860er Rothe 121g. 1861er Rothe 321,60. Ung. Staats. 224,50. do. Ostf.-Öhl. II. 96g. Böhm. Westbahn 261g. Elisabethb. —. Nordwestbahn 172g. Galizier 259g. Franzosen 285g. Lombarden 129g. Italiener 91g. 1877er Russen 90g. 1880er Russen 73g. II. Orientanl. 57g. Bentz. Pacific 111g. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 58g. Wiener Bankverein 93g. 5% österreichische Papierrente —. Böhmische Papierrente 12g. Gotthardbahn 124. Türken 12g. Westitalianische Eisenbahn 88g. —.

Nach Schluß der Börse: Kreditalt. 262g, Franzosen 286. Galizier 259g. Lombarden 129g. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —. Egypt. —. Gotthardbahn —.

Frankfurt a. M., 16. Mai. Effekten-Sozietät. Kreditalt. 263g, Franzosen 286g, Lombarden 129g, Galizier 259, österreich. Papierrente —. Egypt. 74g, III. Orientanl. —. 1880er Russen —. Gotthardbahn 124g. Deutsche Bank —. Nordwestbahn —. Elbthal —. 4pro. ung. Goldrente —. II. Orientanleihe —. Böhmis. Nordbahn —. Fest.

Wien, 16. Mai. (Schluß-Course.) Still. Valuta steif. Papierrente 78,67g. Silberrente 79,10. Österreich. Goldrente 99,25. Export. ungarnische Goldrente 120,35. 4pro. ung. Goldrente 89,25. 5pro. ung. Papierrente 87,60. 1854er Rothe 120,00. 1860er Rothe 135,25. 1864er Rothe 171,00. Kreditl. 170,75. Ungar. Praktiken. 114,75. Kreditalt. 307,30. Franzosen 334,10. Lombarden 145,00. Silberrente 304,00. Reich. Öderb. 146,25. Pardubitzer 151,00. Nordwestbahn 202,00. Elisabethbahn 223,00. Roedebahn 284,00. Österreich. ung. Barl. —. Türk. Rothe —. Unionbank 117,50. Ungar. Ausst. 115,00. Wiener Bankverein 109,00. Ungar. Kredit 304,50. Deutsche Plätze 58,60. Bondoner Wechsel 120,15. Partner do. 47,60. Käffnerdo. 99,40. Napoleon 9,52. Dukaten 5,66. Silber 100,00. Marknoten 58,60. Russische Banknoten 1,18g. Bernberg. Gernowitz —. Kronpr. Rudolf 170,00. Franz. Dois. —. Duz. Bodenbach —. Böhmis. Westbahn —. Elbthal 221,50. Tramway 218,50. Buschreider —. Österreich. 5pro. Papier 93,35. Wien, 16. Mai. (Privatverkehr.) Ungar. Kreditalt. —. Österreich. Kreditl. 308,40. Ungar. 4pro. Goldrente 89,27g. Franzosen —. Lombarden —. Galizier —. Nordwestbahn —. Elbthal —. Österreich. Papierrente —. 5pro. ungarn. Papierrente —. Marknoten —. Napoleon —. Banverein —. Fest.

Paris, 16. Mai. (Schluß-Course.) Träge.

3pro. amortif. Rente 81,20. Sroo. Rente 79,75. Anleihe de 1872 109,45. Ital. 3pro. Rente 92,37g. Österreich. Goldrente 84g. 6pro. ungar. Goldrente 103,00. 4pro. ungar. Goldrente 76g. 5pro. Russen de 1877 —. Franzosen 713,75. Lombard. Eisenbahn-Aktien 316,25. Lombard. Prioritäten 297,00. Türken de 1885 11,90. Türkenloose 55,60. III. Orientanleihe —. Credit mobilier 375,00. Spanier neue 63g. do. inter. —. Suezkanal-Aktien 2300,00. Banque ottomane 779,00. Union gen. —. Credit foncier 1340,00. Egypt. 368,00. Banque de Paris —. Banque d'escompte 527,00. Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 26,26g. 5pro. Rumänische Anleihe —. Foncier egyptien 610,00.

Paris, 15. Mai. Boulevard-Verkehr. 3pro. Rente 79,70. Anleihe de 1872 109,55. Italiener —. Österreich. Goldrente —. Türken 11,95. Türkenloose —. Spanier 63g. do. neue Spanier —. Ungar. Goldrente —. Egypt. 368,00. 3pro. Rente —. Banque ottomane 780,00. Suezkanal-Aktien —. Lombarden —. Franzosen —. Rubig.

London, 16. Mai. Consols 102g. Italien. 3prozentige Rente 91g. Lombarden 12g. 3pro. Lombarden alte 11g. 3pro. do. neue 11g. 5pro. Russen de 1871 87g. 5pro. Russen de 1868 86g. 5pro. Russen de 1873 88g. 5pro. Türken de 1886 11g. 3pro. fünfj. Aktie 105g. Österreichische Silberrente —. do. Papierrente —. 4pro. Ungarische Goldrente 75g. Österreich. Goldrente 82g. Spanier 63g. Egypt. 72g. Ottomanbank 20g. Preuß. 4pro. Consols 101g.

Silber. —. Platzdiskont 3g. Et.

Florenz, 16. Mai. 5pro. Italien. Rente 92,2

